

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7 – 11 • 50670 Köln • Telefon 0221 97269 -20 • Fax 0221 97269 -31
 info@grundrechtekomitee.de • www.grundrechtekomitee.de

Blockupy und die Stadt Frankfurt

■ In einem Offenen Brief hat sich das Komitee für Grundrechte und Demokratie an den Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Herrn Peter Feldmann, gewandt. Der Oberbürgermeister hatte dem Grundrechtekomitee noch im November 2014 in einem Antwortbrief auf die Ankündigung einer Demonstrationsbeobachtung versichert, dass er sich der besonderen Bedeutung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit bewusst sei.

Das Grundrechtekomitee forderte ihn nun angesichts fehlender Übernachtungsmöglichkeiten für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an den Blockupy-Protesten gegen die EZB-Eröffnung auf, sich für Angebote und Verhandlungen einzusetzen.

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit wird nur dann geschützt und geachtet, wenn für die Teilnehmer und Teilnehmerinnen an einer europaweiten Demonstration auch Möglichkeiten zur Übernachtung vorhanden sind. „Für andere Großveranstaltungen wie Kirchentage, Sportfeste etc. hat die Stadt Frankfurt Räume für diese Grundbedürfnisse zur Verfügung gestellt. Es sollte selbstverständlich sein, dass dies auch rund um die Demokratie-Tage von Blockupy möglich ist.“

„Die Stadt sollte froh sein, dass es ein solches demokratisches Engagement gibt und alles dafür tun, eine friedvoll-demokratische Auseinandersetzung um diese Politik zu fördern. Nicht nur die herrschenden



© Elke Steven; Blockupy November 2014

Eliten, Geld, Banken und insbesondere die EZB, dürfen in Frankfurt erwünscht sein, sondern auch die Menschen, die die Auswirkungen der neoliberalen Verarmungspolitik thematisieren, müssen einen Ort in dieser Stadt haben.“ (ausführlicher: www.grundrechtekomitee.de/node/678)

Im Februar begannen Politik und Polizei bereits wieder, den Protest anlässlich der EZB-Eröffnungsfeier gegen die europäische Verarmung in Frankfurt am 18. März 2015 zu kriminalisieren. Gewarnt wurde vor gewalttätigen Ausschreitungen – nicht durch die Polizei, sondern – trotz aller gegenteiligen Erfahrungen – durch die Teilnehmenden an der Demonstration. Das Komitee für Grundrechte und Demokratie wird die Demonstrationen an diesem Tag wieder mit Demonstrationsbeobachtungen begleitet haben (siehe Internetseite).

Neue Interessent*innen für Demonstrationsbeobachtungen sind herzlich willkommen!

◆ *Elke Steven*

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 Konto 8 024 618
 BLZ 508 635 13
 IBAN
 DE76 5086 3513 0008 0246 18
 BIC GENODE51MIC**

Protest „über alle Zäune hinweg“

■ Die Diskussionen im Hessischen Landtag und die vehement vorgetragene Klage über „Gewalttäter“ nach der Demonstration von Blockupy am 22. November 2014 veranlassten uns, unsere Eindrücke aus der Demonstrationsbeobachtung und deren Bewertungen am 2. Dezember 2014 öffentlich zu machen. (<http://www.grundrechtekomitee.de/node/671>)

Die Polizei hatte für diesen Tag einen zurückhaltenden Einsatz angekündigt. Wir berichteten: „Als der Demonstrationzug vor dem Gebäude der EZB ankam, fiel uns vor allem auf, dass das Einfahrtstor zum Gebäude der EZB offen dalag und nicht polizeilich geschützt wurde. Wenige Polizeibeamte standen erst in einiger Entfernung vom Tor vor einem Bauzaun. Alle Beschreibungen, die Demonstrierenden hätten eine Polizeikette angegriffen, diese überwunden oder ähnliches, stimmen nicht für den Beginn des Vordringens in das Gelände der EZB. Die Demonstrierenden konnten zunächst mit Leichtigkeit über das Tor klettern und zum eigentlichen Eingang der EZB laufen.“

Sie entrollten dort ihre Transparente und bewarfen das Gebäude mit Farbeiern. Nach ca. 20 Minuten verließen sie das Gelände, den Zaun an einer anderen Stelle, ohne Beschädigungen, überkletternd. Die Farbe bestand aus nichts als Kreide. Sie konnte leicht von der Glasfassade entfernt werden.

Es geht völlig an der Sache vorbei, im Nachhinein aus diesen Demonstrierenden Gewalttäter zu machen. „Die weitgehende Zurückhaltung (der Polizei) während der Demonstration lud ja geradezu dazu ein, den eigenen Vorstellungen von einem Protest ‚über alle Zäune hinweg‘ zu folgen.“

◆ Elke Steven



© Christian Martischius | R-mediabase; Blockupy und EZB, 2014

Bundestag lehnt Rente für Gefangene ab

■ Am 18.12.2014 hat der Bundestag über die Rente für Gefangene beraten. Die Linke hatte einen entsprechenden Antrag (BT-Drs. 18/2606) eingebracht und dabei darauf hingewiesen, dass der Antrag auf die Petition des Grundrechtekomitees zurückgehe. Während die Grünen den Antrag unterstützten, lehnten die Regierungsparteien das Anliegen ab. Vor der Debatte hatten wir bereits in einer Presseerklärung auf die Verantwortung von Bund und Ländern in dieser Angelegenheit hingewiesen: grundrechtekomitee.de/node/672. Vorab hatte der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales seine mehrheitlich ablehnende Haltung mitgeteilt (BT-Drs. 18/2784). Das Protokoll der Bundestagsdebatte schicken wir Ihnen gerne zu.

In unserer Presseerklärung schrieben wir am 15.12. u.a.: „Die abgenutzten Argumente der Regierungsparteien gegen die Renten-Einbeziehung werden durch Wiederholungen nicht besser. Die Arbeitspflicht, die zudem aktuell in einigen Strafvollzugsgesetzen der

Länder abgeschafft wird, war schon 1977 kein Hindernis für die prinzipielle Einführung der Rente für Gefangene. Und die Länderfinanzen werden bis zum St.-Nimmerleinstag nicht überquellen. Die reichlichen Gewinne aus der Gefangenenarbeit werden allerdings meist verschwiegen (z.B. NRW ca. 50 Millionen Euro jährlich). Es ist jetzt endlich an der Zeit, diese minimale, aber notwendige Korrektur im Sozialstaatsgefüge der Bundesrepublik vorzunehmen. Wenn es um Prinzipien mit Verfassungsrang und um die Menschenwürde geht, dürfen finanzielle Erwägungen nicht das letzte Wort haben. Selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte noch 2011 betont, dass sie die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung ‚weiterhin für sinnvoll‘ erachte (BT-Drs. 17/6589).“

Wir werden an dem Thema weiterarbeiten. Ermutigend ist die neu gegründete Gefangenengewerkschaft (vgl. gefangenengewerkschaft.de). Auch haben viele Medien im Kontext der Bundestagsdebatte über unsere Forderungen wohlwollend berichtet. Es gilt, eine noch breitere Öffentlichkeit herzustellen, um den Druck zu verstärken und auch auf die Landesparlamente auszuweiten. Dabei können Sie helfen, z.B. indem Sie vor Ort Abgeordnete ansprechen.

◆ Martin Singe

Abschiebung ins Elend des „sicheren Herkunftsstaates“

■ Am Fall der Abschiebung der Familie Ametovic werden die Folgen des Gesetzes, das Serbien zu einem „sicheren Herkunftsstaat“ erklärt hat, in drastischer Weise deutlich: Obwohl den verantwortlichen Behörden alle Informationen vorlagen und trotz massiver Proteste von Flüchtlingsinitiativen, die auch vom Grundrechtekomitee mitgetragen wurden, wurde die Abschiebung gnadenlos vollzogen. Ohne Ankündigung wurde die Familie am 20.1.2015 von der Polizei festgenommen und mit einem Sammelabschiebflug vom Baden Airport nach Belgrad verbracht.

Sowohl die Mutter als auch die sechs Kinder haben erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen. Sie verfügen in Serbien weder über ausreichenden Wohnraum, noch über ein Einkommen, das die Existenz sichert. Nur durch Hilfeleistungen aus Deutschland, die durch Spenden ermöglicht werden, konnte eine Zuspitzung der Situation bislang verhindert werden, die für eines der Kinder lebensbedrohlich geworden wäre.

Dass die Abschiebung und ihre Folgen eine erhebliche Gefährdung des Kindeswohls und damit einen

Verstoß gegen die UN-Kinderrechtskonvention darstellen, ist auch von der Jugendhilfeeinrichtung betont worden, von der die Kinder in Deutschland betreut wurden.

In der politischen Rechtfertigung dieser Abschiebung durch das Innenministerium Baden-Württembergs wird darauf verwiesen, dass Serbien ein souveräner Staat und ein sicheres Herkunftsland sei. Deshalb sei Deutschland nicht dafür zuständig, sich um das Schicksal einer nach Serbien abgeschobenen Familie zu kümmern. Die Grenzen des Staates sind aber nicht die Grenzen der Menschenrechte.

Das Komitee unterstützt die Forderung von Flüchtlingsinitiativen nach einem sofortigen Wiedereinreiserecht der Familie nach Deutschland.

Nähere Informationen finden sich auf diesen Internetseiten:

www.grundrechtekomitee.de/node/674

www.freiburger-forum.net/aktuell/

◆ *Albert Scherr*

Blockupy Broschüre in englisch!

■ Das European Information Human Rights Center (EIHRC) hat eine englische Übersetzung des Blockupy-Reports des Grundrechtekomitees aus dem Jahr 2013 „Blockupy 2013 - Der Frankfurter Polizei-Kessel am 1. Juni 2013“ publiziert.

<http://eihrc.org/newsboard/pressrelease/article-613>

Wir freuen uns, dass die Inhalte so einem größeren Publikum zugänglich werden und haben dies zum Anlass genommen, auch die deutsche Version des Buches online zu stellen. (www.grundrechtekomitee.de/sites/default/files/Blockupy-Brosch%C3%BCre_I.pdf)

Gerne schicken wir das Buch weiterhin postalisch zu.

◆ *Elke Steven*



© Martin Singe; Asyl-Demo Juni 2014 in Bonn

Was gilt die Freiheit der Person, wenn man ein Flüchtling ist?

■ Das Komitee für Grundrechte und Demokratie kritisiert den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“. Jener Teil des Gesetzentwurfes, der repressive Maßnahmen wie Abschiebhaft und Einreiseverbote gegen Flüchtlinge massiv ausweitet, ist aus grund- und menschenrechtlicher Sicht abzulehnen.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie forderte die Bundestagsabgeordneten der CDU und SPD in einem gesonderten Schreiben auf, dem Regierungsentwurf die Zustimmung zu verweigern. (siehe: www.grundrechtekomitee.de/node/679)

Am 18. April 2015 wird auf dem Berliner Oranienplatz mit einer großen Kundgebung eine Aktionswoche gegen die fortgesetzte Beschneidung des Asylrechts eröffnet. Wir werden weiter darüber informieren.

◆ *Dirk Vogelskamp*

Gesundheit ohne Privatsphäre?

E-Health-Gesetz, wachsender Druck zur Einführung der eGK und Nutzung von Gesundheitsdaten für diverse Forschungsinteressen

■ Seit Anfang des Jahres mehrten sich die Berichte, dass die Krankenkassen erheblichen Druck auf die Versicherten ausüben, die elektronische Gesundheitskarte zu beantragen. Teilweise weigern sie sich, anderenfalls Ersatznachweise über den Versicherungsstatus auszustellen. Ärzte behaupten, sie könnten Leistungen nur noch mit der eGK abrechnen. Tatsächlich sind die Regelungen mal wieder klammheimlich geändert worden.

Der Bundesmantelvertrag - Ärzte (BMV-Ä) sieht nun vor, dass ein Anspruchsnachweis nur für die Überbrückung von Übergangszeiten ausgestellt werden soll, bis der Versicherte eine elektronische Gesundheitskarte erhält. Ärzte dürfen eine Behandlung aufgrund eines Papiernachweises allerdings nicht verweigern. Aber der Konflikt wird zunehmend von den Krankenkassen auf die Ärzte verlagert. Das macht es für die Patient*innen richtig schwierig, denn nun kann das Vertrauensverhältnis zu den Ärzten belastet werden.

Am 13. Januar 2015 legte Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe den Referentenentwurf für ein „Gesetz für sichere digitale Kommunikation und Anwendungen im Gesundheitswesen“ vor. Mit Anreizen und Sanktionsmechanismen soll der Ausbau der Telematikinfrastruktur vorangetrieben werden. Gleichzeitig formulierte der Minister für die FAZ: „Es ist falsch, dass es nicht genug Datenschutz gebe. Das Gegenteil ist der Fall.“ Das ließ schon ahnen, was zu erwarten war.

Zwei Zielsetzungen verfolgt das Gesetz. (1) Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) soll beschleunigt, Bedenken und Gegenargumente sollen vor allem mit Geld vom Tisch gewischt werden. (2)

Eine Telematikinfrastruktur soll ausgebaut werden, die die Kommunikation aller am Gesundheitssystem Beteiligten gestattet und auch unabhängig von der eGK genutzt werden kann. Datenschutzrechtliche Behinderungen durch die gesetzlichen Regelungen zur eGK sollen umgangen werden.

Auch soll die bisherige Regelung, wonach in der Telematikinfrastruktur der eGK gespeicherte Gesundheitsdaten ausschließlich zum Zweck der Versorgung der Patienten genutzt werden dürfen, durch die Hintertür abgeschafft werden. Der Austausch von Gesundheitsdaten, auch für Forschungszwecke, soll erleichtert werden.

Für das Komitee für Grundrechte und Demokratie erstellte Elke Steven eine Stellungnahme, die wir gerne auch postalisch zusenden (www.grundrechtekomitee.de/node/675).

Einige Versicherte, die sich wei-



© Rudi Denner | R-mediabase

terhin verweigern, tauschen ihre Erfahrungen im Internet aus: initiative-patientendaten.de/

Weiterführende Informationen: stoppt-die-e-card.de/
liste-neuanfang.org/Karte/Karte.phpddrm.de/?s=egk

◆ Elke Steven

Biobankprojekt NAKO

■ Der Beginn der sogenannten „Nationalen Kohorte“ (NAKO), der geplanten Sammlung von Gesundheitsdaten für zukünftige Forschungsprojekte, wurde am 10. November 2014 feierlich und öffentlich zelebriert. Eine zivilgesellschaftliche Debatte über die NAKO ist hingegen bisher ausgeblieben.

Gemeinsam mit dem Gen-ethischen Netzwerk fordert das Grundrechtekomitee eine kritische Auseinandersetzung mit dem Biobankprojekt NAKO. Zwar werden bereits Daten von Bürger*innen erhoben, aber ein Datenschutzkonzept liegt noch immer nicht vor. Aufgrund unserer Nachfragen informiert die NAKO inzwischen, dass das Datenschutzkonzept „gegenwärtig in mehreren Bereichen fortgeschrieben“ werde. Die Befragten aber können nicht wissen, was mit ihren Daten geschehen wird.

◆ Elke Steven

Grundrechtekomitee und Friedensbewegung

Mitmachen! Blockadeaktion in Büchel am 8./9. Mai 2015

Eine Gruppe aus dem Grundrechtekomitee wird sich am 8./9. Mai an einer gewaltfreien Blockadeaktion in Büchel/Eifel beteiligen. Dort lagern 20 Atombomben der USA, die im Rahmen der nuklearen Teilhabe der Bundesrepublik im Kriegsfall von der Bundeswehr in Ziele geflogen würden. Die USA wollen diese Bomben „modernisieren“, die Bundesregierung will die Träger-Tornados umrüsten, um diese bis 2050 einsatzbereit zu halten. Wir werden unseren Protest dagegensetzen und fordern angesichts der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag Ende Mai in New-York die Abschaffung aller Atomwaffen.

Infos: www.buechel-atomwaffen-frei.de; Kontakt: Martin.Singe@t-online.de

Ukraine: Brücke zwischen Ost und West!

Auf der Konferenz der Kooperation für den Frieden Ende Februar in Hannover wurde ausführlich über die kriegsrische Eskalation in der Ukraine diskutiert. Ein Dossier zu diesem Konflikt kann bei uns kostenfrei angefordert werden (oder: www.koop-frieden.de/fileadmin/Dossiers/dossierVII_ukraine_15sept.pdf). Auf grundrechtekomitee.de/taxonomy/term/22 finden Sie eine kurze aktuelle Stellungnahme von Andreas Buro zur Ukraine. Die Hauptforderungen der Konferenz waren: die Ukraine soll eine Brückenfunktion zwischen Ost und West einnehmen mit kulturellen und wirtschaftlichen Beziehungen zu beiden Seiten; eine demokratische Verfassungsreform und Föderalisierung sind nötig; Kontakte von unten sollen aufgebaut und Kriegsdienstverweigerer auf beiden Seiten unterstützt werden. Dem neu aufkeimenden Ost-West-Feindbilddenken in Kategorien des Kalten Krieges sind in der Öffentlich-

keit Aufklärung (vgl. z.B. Krone-Schmalz, Russland verstehen) und Alternativen (siehe Ukraine-Dossier) entgegenzusetzen.

Aktionen gegen Rüstungsexporte

Eine dem Grundrechtekomitee nahestehende Gruppe organisiert für die Hauptversammlung von Rheinmetall am 12.5.2015 wieder eine kreative Aktion in Berlin. Kontakt: Heinz Kappei: kappei@web.de. Eine Aktion gegen die Hauptzentrale von Rheinmetall in Düsseldorf ist noch in Vorbereitung. Kontakt über die Geschäftsstelle in Köln. Weitere Infos über: aufschrei-waffenhandel.de

12.5.: „Auschwitz: Wir sind, was wir erinnern“

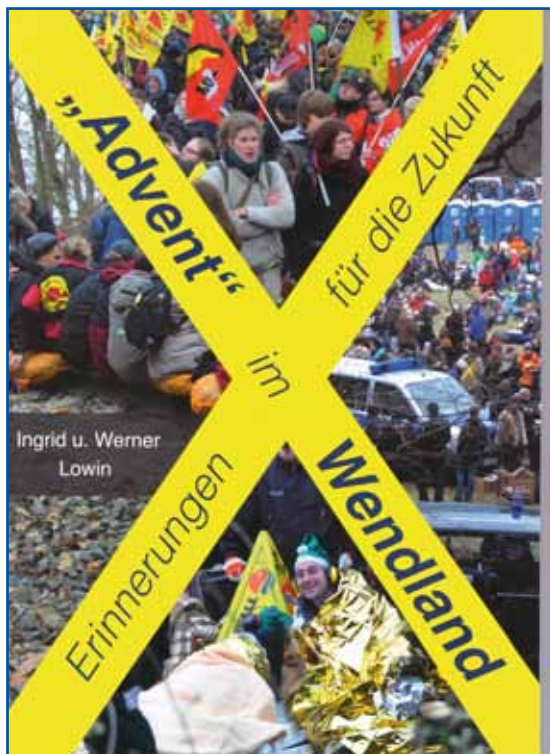
Wir veranstalten mit Dr. med. Konrad Görg, Mitglied im Grundrechtekomitee, einen Vortrag mit Diskussion zu dessen gleichnamigem Buch: „Wir sind, was wir erinnern. Zwei Generationen nach Auschwitz: Stimmen gegen das Vergessen“. Köln, 12.5.2015, 19.30h, Domforum, Domkloster 3, direkt gegenüber dem Dom. Infos über die Geschäftsstelle (oder siehe grundrechtekomitee.de/node/680)

◆ *Martin Singe*



Liebe Freundinnen und Freunde des Grundrechtekomitees, für die solidarische Verbundenheit und Unterstützung im zurückliegenden Jahr bedanken wir uns ganz herzlich. Die Einsparungen in der Geschäftsstelle und die wohlwollenden Zuwendungen eröffnen vorerst eine gute Perspektive für unsere weitere Arbeit für Menschenrechte und Demokratie. Danke!

Martin Singe, Elke Steven, Dirk Vogelskamp



„Advent“ im Wendland – Erinnerungen für die Zukunft

Bildband von Ingrid und Werner Lowin zum 13. Castortransport im Jahr 2011; Hrsg.: Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Auch wenn seit nun schon drei Jahren große Provokationen und äußere Anlässe fehlen, geht der „Atomwahnsinn“ in vielfältiger Form weiter.

Aber auch der Widerstand geht weiter.

Darum sollen die Fotos vom Advent 2011 Erinnerungen für die Zukunft sein.

Das Buch ist gegen eine Spende von 10,- Euro zu beziehen bei der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (Telefon 05841 4684, buero@bi-luechow-dannenberg.de)

Widerstand gegen TTIP

Warum unterstützt ihr im Grundrechtekomitee nicht den Widerstand gegen die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft, die im Geheimen ausgehandelt und für die Bürgerinnen und Bürger große Nachteile mit sich führen wird, werden wir manchmal gefragt.

Selbstverständlich, auch wir teilen die Kritik an dem Abkommen, das soziale, demokratische und ökologische Standards untergraben und westlich dominierte Freihandelszonen schaffen wird, können jedoch aufgrund unserer begrenzten Ressourcen nicht überall gleichzeitig agieren. Wir möchten auf andere Initiativen hinweisen, die sich kompetent im Widerstand gegen TTIP engagieren:

www.campact.de/ttip

www.attac.de/ttip

www.ttip-unfairhandelbar.de/start/ebi/



© R-mediabase; Kölner Karneval 2015

Termin: Ratschlag und Mitgliederversammlung Bitte vormerken:

Samstag, 14. November 2015: Ratschlag

Wir werden uns an diesem Tag intensiver mit einer Fragestellung aus unserer Arbeit beschäftigen und dazu Referenten und Referentinnen einladen. Das Thema werden wir in den nächsten Wochen festlegen und Sie informieren. Abends wird Zeit zur Begegnung und zum Feiern sein.

Sonntag, 15. November 2015: Mitgliederversammlung

Sonntagvormittag wird es vorrangig um die Formalien der Mitgliederversammlung gehen – von den Arbeitsberichten bis hin zu den Wahlen.